

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

65. Jahrgang – Nr. 46 – Mai 2016

Nach und vor der Wahl als Qual
Generalversammlung des DÖW

Wir für Österreich

Dollfuß- Gedenken

Wie alljährlich versammeln
wir uns auch heuer am

**Samstag, den
23. Juli 2016, 10h,
am Hietzinger
Friedhof**

zum Gedenken an die
Ermordung von Bundes-
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß
so wie der drei Offiziere
Biedermann, Huth und
Raschke.

*Die K.Ö.L. Starhemberg
organisiert in der ursprüng-
lichen Friedhofskapelle
(gegenüber der Gastwirt-
schaft) eine Hl. Messe
um 9:30 Uhr, wozu
herzlich eingeladen
wird.*



Foto: fotolia



Dr. Gerhard Kastelic

Keiner der in der Stichwahl am 22. Mai 2016 zur Auswahl stehenden Kandidaten entspricht meiner Weltanschauung!

Was soll ich machen?

Nicht zur Wahl gehen widersteht sich meinem Demokratieverständnis. Gerade viele Frauen und Männer, deren wir immer wieder in Dankbarkeit und Ehrfurcht gedenken, haben sogar neben anderen schweren Nachteilen ihr Leben dafür geopfert, dass durch eine demokratische Wahl ein Beitrag zur Gestaltung eines freien Österreichs geleistet werden kann.

Ich kann ungültig wählen. Dies wäre eine Alternative

Nach und vor der Wahl als Qual

Das Ergebnis des ersten Wahlganges zum neuen Bundespräsidenten hat mich wie viele andere Freunde erschüttert. Viele Gründe, auch von den Parteifreunden verursacht oder verschuldet, haben zu diesem Debakel für die einstmals staatstragenden Parteien geführt.

wegen der verbliebenen Kandidaten. Ich glaube aber, dass dieses Mal eine klare und eindeutige Stimmabgabe erforderlich ist.

Blicken wir in das 20. Jahrhundert zurück. Ein ehemaliger Österreicher hat in Deutschland während seiner Haftzeit ein Buch verfasst, das dann zur Pflichtlektüre geworden war, später verboten wurde und jetzt in kommentierter Form wieder gedruckt werden darf. Wer seinerzeit genau gelesen hat, musste damals bereits die drohende Gefahr für Europa erkennen. Leider haben viel zu wenig diese Erkenntnis gehabt.

Verfolgen wir die Wortmeldungen des Kandidaten der extremen Rechten. Er versprach viel und meinte, dass er – rechtswidrig – in die österreichische Politik eingreifen werde, man sich wundern werde, was er alles ändern oder anders machen könne, und er die Mit-

gliedschaft in der EU in Frage stellen werde.

Der Kandidat als Mitglied einer schlagenden nationalen Burschenschaft hatte sogar das Parteiprogramm dieser Partei geschrieben. Ich sehe somit vielfach Aussagen, die im Falle seiner Wahl zu riesigen Problemen in der österreichischen Politik und im Zusammenspiel mit einem vielleicht aus der gleichen Partei stammenden Bundeskanzler zu Unabwägbarkeiten führen könnten. Die vor der Wahl abgegebenen Versprechen können nachher natürlich nicht mehr eingehalten werden.

Auch unsere Demokratie kann gefährdet werden.

Erinnern wir uns an die Anfänge der NS-Aktivitäten in Deutschland, als Schlägertrupps Veranstaltungen andersgesinnter Bürger störten oder sogar verhinderten. Beispiele haben auch die verumtumten Gestalten der extre-



men Linken gezeigt. Was haben in den letzten Tagen die sogenannten Autoritären in der Universität und im Theater versucht? Genau die gleiche Vorgangsweise wie im vorigen Jahrhundert.

Diese Zeichen habe ich erkannt. Als Obmann einer Gesinnungsgemeinschaft, die gerade das Andenken an die österreichischen Opfer der Okkupation unserer Heimat im 20. Jahrhunderts hoch in Ehren hält, werde ich dem Gegenkandidaten meine Stimme geben. Nicht um ihn zu wählen, sondern um eine neuerliche Entwicklung Österreichs in die falsche Richtung zu verhindern. ■

Haus der Geschichte Österreichs

Bekanntlich wird seit Jahren über ein Haus der Geschichte für Österreich diskutiert und jetzt wieder das Thema konstruktiv in Angriff genommen.

Ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesmuseengesetz 2002 geändert werden soll, ist gerade im Parlament eingebracht worden und die österreichische Nationalbibliothek soll das Haus der Geschichte Österreich als fachlich eigenständiges Museum führen.

Am 15. Dezember 2015 konnten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in einer Vorsprache bei Herrn Bundesminister Dr. Ostermayer die Wichtigkeit dieses Museums auch für die Opferverbände darstellen und es wurde die Bitte geäußert, den Opferverbänden die Mitwirkungsmöglichkeit einzuräumen. Dies ist jetzt in der Beschlussfassung anstehenden Gesetzesentwurf vorgesehen und die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und

Widerstandskämpfer/innen Österreichs kann einen Vertreter entsenden. Die ARGE hat beschlossen, einen wissenschaftlich fundierten Kenner als Fachmann zu nominieren.

Wir hoffen, dass durch die Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft eine wahrheitsgetreue, richtige und auch der Bedeutung entsprechende Darstellung des Widerstandes in der Zeit der NS-Diktatur in Österreich erreicht werden kann.

GK ■

Erratum

Wir bedauern eine Richtigstellung zur Nr. 45 machen zu müssen. Die Trauerrede für Frau Wiltrud Loacker wurde nicht vom Landesobmann unserer Kameradschaft, Clemens Hornich, sondern vom ehemaligen Landesobmann Matthias Denifl geschrieben und vorgelesen.

KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Vom Bundesministerium für Inneres wurde der Entwurf eines Bundesgesetzes zur Stellungnahme ausgesandt, wonach die Betreuung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial, die bisher direkt als Abteilung des Bundesministeriums für Inneres geführt worden war, in eine eigene Bundesanstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden soll.

Für die Arbeitsgemeinschaft habe ich eine Stellungnahme ausgearbeitet und unabhängig von der Frage, ob es zweckmäßig ist, eine eigene Rechtspersönlichkeit zu gestalten, ausgeführt, dass die

KZ-Gedenkstätte Mauthausen auch in Zukunft als solche erhalten bleiben und für Besucher und insbesondere Jugendliche zu vertretbaren Bedingungen besucht werden kann. Gegen den Entwurf, wo-

nach die Opferverbände lediglich im „Gesellschaftlichen Beirat“ vertreten sein sollen, haben wir Widerspruch erhoben, da die Erfahrung bei anderen ähnlich konstruierten Beiräten deutlich gezeigt hat, dass eine Mitarbeit in solchen Beiräten fast keinen Einfluss auf die Führung der Institution verschafft.

Nur als Alibi im Gesellschaftlichen Beirat genannt zu werden, ist absolut zu wenig. Die schlechten Erfahrungen

aus dem gesellschaftlichen Beirat zur Neugestaltung der Österreich-Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz sind eine wesentliche Lehre für uns.

Die Arbeitsgemeinschaft hat daher gefordert, dass sie im Kuratorium Aufnahme finden soll und damit auch einen wesentlichen Beitrag zu Gestaltung und Führung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen einbringen kann.

GK ■

Generalversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

Die jährliche vereinsrechtliche Sitzung des Dokumentationsarchivs fand am 8. April 2016 im Alten Rathaus in Wien statt. Bei der Eröffnung durch den Präsidenten Bundesminister a.D. Rudolf Edlinger hielt er ein bemerkenswertes Eröffnungsstatement, welches wir gerne im Wortlaut anschließen:

DÖW Jahresversammlung 2016

Ich bin im Jahre 1940 geboren.

Ich gehöre daher jener Generation an, die zwar unter der Nazidiktatur geboren wurde, aber diese dunkelste Zeit unserer Geschichte nicht bewusst erlebt hat.

Ich gehöre jener glücklichen Generation an, die mit Eintritt ins Erwachsensein sozialen Aufstieg, Demokratie und Frieden als Selbstverständlichkeit empfunden hat.

Ich gehöre aber auch jener Generation an, die Opfer und Täter, letztere oft unerkannt, persönlich kennen gelernt hat.

Und ich bin auch Teil jener Generation, die in der Schule und oftmals auch von Eltern und anderen wenig bis gar nichts über die jüngere Geschichte unseres Landes erfahren hat.

Ich hatte 2 Schlüsselerlebnisse, die mich politisch geprägt haben:

1956 – die Ungarnkrise, bei der Tausende Menschen aus Ungarn flohen und am Überschwemmungsgebiet kurzfristig versorgt wurden. Kinder, Frauen, alte Menschen – mit Verzweiflung und Hoffnung in den Augen.

Und ich durfte 2 Wochen lang an der Gulaschkanone helfen – ich kam mir damals ungeheuer wichtig vor – und es führte mir den Wahnsinn antidemokratischer politischer Systeme nachhaltig vor Augen.

1958 – ich war Bezirksvorsitzender der JG - wurde ich von den soz. Freiheitskämpfern zu einer Gedenkfahrt nach Auschwitz eingeladen.

10 Busse voller Betroffener und 3 Jugendliche in jedem Bus. Nie werde ich die Gedenk-Kundgebung auf dem Appellplatz, und die Rede von Rosa Jochmann vergessen, die mit bewegter Stimme ihre Rede mit den Worten „Niemals vergessen“ und „wehret den Anfängen“ schloss.

Ich war aufgewühlt und betroffen! Aber ich dachte still und heimlich bei mir „so etwas kann es doch niemals wieder geben“. Und dennoch:

71 Jahre nach Ende des schrecklichsten Kriegs der Menschheitsgeschichte feiern rechte Parteien in ganz Europa Wahlerfolge.

Wie kann das sein? fragen sich viele geschichtsbewusste Menschen und demokratische Parteien.

Wissen denn die Wähler dieser Parteien nicht, was sie erwartet, wenn man rechte Parteien unterstützt und in Regierungen wählt?

Man kann doch nicht Parteien wählen, die es mit Freiheit und Demokratie nicht ernst meinen.

Man kann doch die Parallelen zwischen rechten Parteien von heute mit denen von damals nicht so einfach übersehen und ignorieren.

Diese Parallelen gibt es.

Aber nicht nur zwischen den Parteien, wie sie auftreten, welche Werte sie vertreten.

Es gibt auch die Parallelen der politischen Umstände von damals mit heute, Umstände unter denen rechte Parteien Zulauf haben.

Denn damals wie heute haben viele Menschen Existenzängste. Angst um den Arbeitsplatz und das Ein- und Auskommen. Angst, dass die Politik ihnen nicht beisteht.



- *Auch diffuse Ängste um den Verlust nationaler Identität und Kultur.
Und damals wie heute bieten rechte Parteien dazu einfache Erklärungen, wie das alles zu lösen wäre und wer schuld an der Misere hat:
Es seien die Regierungen, die z.B. die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen, UND bestimmte Bevölkerungsgruppen. Damals war es die jüdische Mitbevölkerung, heute ist der Islam. Und die aktuelle Flüchtlingsbewegung wie auch der islamistische Terror befeuern diese Ängste noch zusätzlich.
Aber auch Aktion und Provokation ähneln einander.
Es ist doch unglaublich und entsetzlich, wenn in diesen Tagen Rechtsextreme wie die Identitären – mit Beziehungen zu einer Parlamentspartei – eine friedliche Theateraufführung an der Uni-Wien überfallen, Schauspieler, darunter Kinder und Besucher bedrohen und mit Kunstblut beschmutzen.
Wie aktuell sind Rosa Jochmanns Worte „wehret den Anfängen“, wie konkret angesichts eines Präsidentschaftskandidaten, der einer schlagenden Burschenschaft angehört, die die Souveränität Österreichs infrage stellt.
Das Erleben des Weltkrieges, das unbeschreibliche Leid, die Verluste an Menschenleben, Hab und Gut, die Unfreiheit und das diktatorische Regime haben die damaligen Generationen überzeugt, dass sich so etwas nicht wiederholen darf.
71 Jahre nach Kriegsende leben aber viele nicht mehr, die diese Zeit erlitten und überlebt haben.
Während wir und viele andere am 8. Mai daher ein Fest der Freude am Heldenplatz feiern und uns an die Befreiung von Barbarei und Krieg erinnern, trauern andere an diesem Tag den Zeiten von vermeintlicher Ordnung nach.
Das Trauma der beiden Weltkriege hat viele Menschen nach 1945 darin vereint, den Traum von einer friedlichen, freien Welt zu verwirklichen.
Und es war die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der europäischen Staaten,
– die aus Nationalstaaten eine Europäische Union machte,
– die die längste Friedensperiode der europäischen Geschichte bewirkte,
– und die auch zur Überwindung zahlreicher Diktaturen in Süd- und Osteuropa führte.
Für junge Menschen ist es heute kaum vorstellbar, dass nicht nur die osteuropäischen Staaten, sondern auch Portugal, Spanien oder Griechenland bis vor wenigen Jahrzehnten Diktaturen waren.
Wie großartig war der Fall des Eisernen Vorhangs, die Errichtung von Demokratien in Osteuropa, die Erweiterung der Europäischen Union um viele dieser Staaten!
Die Idee eines fortschrittlichen, freien, wirtschaftlich erfolgreichen Europa schien gesiegt zu haben.
Aber
Warum ist Europa dennoch so plötzlich in eine solch tiefe Krise geraten, wo über den Ausstieg von Staaten, vom Versagen der Union, ja vom Zerfall der Union die Rede ist?
Auch hier kann uns der Blick in die Geschichte Antworten geben: immer dann, wenn die Menschen Staatsversagen in wichtigen Fragen empfinden, wenn sie existenzielle Ängste haben, neigen sie dazu, politische Alternativen zu suchen und zu unterstützen.*

Etwa wenn in Folge einer Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit unaufhörlich steigt und die Politik machtlos scheint, dann ist das ein Nährboden für alternative Angebote, auch wenn sie nicht konkret und realistisch sind.

Oder wenn Regierungen angesichts von politischer Gewalt und Terror plan- und hilflos wirken, dann wird der Ruf nach Ordnung und Sicherheit von vielen gerne gehört.

Ohne Zweifel sind heute Ängste und Ärger vieler Menschen größer als zu Zeiten des Wiederaufbaus, des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs.

Aufgabe verantwortungsvoller Menschen und Politik ist es, Menschen Ängste zu nehmen und ihren Glauben an Demokratie und Freiheit zu stärken.

Von diesem Glauben waren alle jene Menschen beseelt, deren Andenken das DÖW hochhält und genau deshalb ist das DÖW, sind die Opferverbände so wichtig, weil Demokratie und Menschenrechte nicht nur bewahrt, sondern immer wieder neu gelebt werden müssen.

Aus diesem Grunde, aber nicht nur deshalb freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die verantwortlichen Politiker im Bund und in der Stadt die Arbeit des DÖW massiv unterstützen:

1) Die neue Wr. Stadtregierung anerkennt die Tätigkeit des DÖW in beispielhafter Weise. Noch nie war das DÖW und sein Fortbestand Teil eines Regierungsübereinkommens, in dem es wörtlich heißt:

„In Anerkennung der Arbeit des Dokumentationsarchivs des österr. Widerstands (DÖW) für die Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte und auch aktueller Entwicklungen im Bereich Nationalsozialismus und Faschismus wird der Fortbestand dieser für Wien so wichtigen Institution sichergestellt“.

2) möchte ich Sie darüber informieren, dass die Stifter Bund und Wien vereinbart haben, die Stiftungsbeiträge nachhaltig ab 2017 zu erhöhen. Ich möchte mich daher hier und heute vor der Generalversammlung, bei Herrn BM Mitterlehner, sowie STR Dr. Mailath-Pokorny recht herzlich bedanken. Unsere Stifter tragen wesentlich dazu bei, die Arbeitsvoraussetzungen im DÖW zu verbessern.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle recht herzlich.

Im Tätigkeitsbericht des wissenschaftlichen Leiters Dr. Gerhard Baumgartner wurde die umfangreiche Arbeit sowohl in den ständigen Aufgaben als auch über beauftragte Aktivitäten berichtet. Teilweise sind diese Aktivitäten im Jahrbuch 2016 mit dem Titel „Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständler“ des Dokumentationsarchivs zu lesen; dieses Buch kann im DokArchiv im Alten Rathaus in Wien bezogen werden.

Der Kassabericht, der besonders über die Sparsamkeit der Aktivitäten Aussagen traf, wurde von unserem Kameraden Dr. Wohnout vorgetragen und die Kontrolle hat uneingeschränkt die Ordnungsmäßigkeit festgestellt.

Die jährliche Festveranstaltung des DÖW fand am 8. Mai im Volkstheater statt. Kurz nach Redaktionsschluß.

Märzgedenken

Am 11. März 2016 fanden die traditionellen Gedenkveranstaltungen in Floridsdorf am Spitz, in der Weihestätte im Wiener Landesgericht (ehemaliger Hinrichtungsraum) und in der Gedenkstätte Saltzorgasse/Morzinplatz statt. Diese von der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und dem Wiener Stadtschulrat veranstalteten Gedenkstunden wurden heuer von besonders vielen Schülerinnen und Schülern Wiener Gymnasien besucht.

Bemerkenswert waren die Klassen 4A und 4B des G 19, Gymnasiumstraße, die knapp vorher am 2. März die KZ-Gedenkstätte Mauthausen besucht hatten und ihre Gedanken in kurzen Prosastücken vortrugen. Hier eine Auswahl von Gedenk- und Prosastücken:

Ich in Mauthausen

*Ich steh am Abgrund,
Nebel wie tote Seelen,
die Felswand schreit,
stumm. – Laura M.*

Ich in Mauthausen

*Tausend andere vor mir
Das Lager in mir,
bleibt. – Csongor St.*

Mauthausen

*Grausam
Großes Leid
Es war schrecklich
Es geht mir nah
Mauthausen
Zukunft?
Furchtloses Leben*

Leben in Freiheit

*Ich wünsche mir Frieden
Hoffnung*

– Julia H. und Lilli L.

Mauthausen

*Alles still, alles ruhig
Kein Leben mehr,
die Zeit vorbei,
ich stehe hier,
und denke mir,
hoffentlich passiert das nie
wieder – Marie C.*

*In den damaligen Duschen
für die „KZ-Häftlinge“ von
Mauthausen kommen jeden Tag
hunderte Besucher vorbei, viele davon, um sich den Grausamkeiten dieser Zeit bewusst zu werden. Manche ritzen ihre Namen, ihre Initialen oder vielleicht auch ein Datum in die Wände ein, was, wenn auch moralisch zweifelhaft, nicht wirklich eine allzu schändliche Tat ist. Jedenfalls nicht im Vergleich zu dem, was ein besonders „einfallsreicher“ Besucher einritz-*



Am Morzinplatz



Weihestätte Landesgericht

te. Ein Hakenkreuz! Man könnte es für einen schlechten Scherz halten, was es möglicherweise auch war, aber ich sehe darin eine wahrhaftig angsteinflößende Erinnerung daran, dass wir uns von nationalsozialistischem Gedankengut vielleicht doch nicht so weit distanziert haben, wie wir es gerne hätten. – Veronika J.

Es ist erfreulich, dass immer wieder engagierte Professoren, in dem Falle der genannten Texte ist es Univ.Lektor Mag. Martin Krist, sich dieser Themen annehmen und damit den Schülern ein lebendiges Bild über die Geschehnisse der NS-Diktatur darstellen.

GK ■

Gedenken zum 1. April

Wie in den vergangenen Jahren organisierte die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs zum Gedenken an den von den Nationalsozialisten spöttisch genannten „Prominententransport“ eine Veranstaltung bei der Gedenktafel in der oberen Halle des Wiener Westbahnhofes.

Nach der Begrüßung durch Prof. Schwandner und dem Vorsitzenden der VIDA Wien, Helmut Gruber, sowie einem Musikstück, gespielt von einer Bläsergruppe der ÖBB, gedachte Dr. Kastelic an die Ereignisse zum 1. April 1938. Er nannte einige Namen der 151 nach Dachau transportierten Häftlinge und betonte die



Dr. Gerhard Kastelic

wichtigen Rollen, die gerade viele dieser Opfer nach 1945 bei der Wiedererstehung und der Aufbauarbeit unserer Hei-

mat Österreich geleistet hatten. Der KZ-Verband hatte die Namen aller 151 Häftlinge auf kleine Tafeln geschrieben und mit einem Seil um den Veranstaltungsort gespannt.

Die Liste dieser Opfer, von denen einige das Martyrium im KZ Dachau nicht überlebt hatten, zeigt aber auch, dass alle politischen und weltanschaulichen Lager der Zeit vor 1938 gemeinsam diesen Leidensweg gehen mussten.



► Sekt. Chef Mag. Michael Schwanda begrüßte die stattliche Runde mit vielen Schülern



Sekt. Chef Mag. Michael Schwanda

im Namen und in Vertretung des Herrn BM für Justiz Dr. Wolfgang Brandstetter und ging auf die Ereignisse um die Nichtverfolgung der Anschuldigungen gegen befreite KZ-Insassen ein. Er betonte, dass die Ausbildung im Bundesministerium für Justiz besonders auf das Wissen über die NS-Zeit ausgerichtet werden wird.

Die Musikkapelle beendete die eindrucksvolle Veranstaltung.

GK ■



Schwantner, Gruber, Garscha, Kastelic

Gedenkfahrt der Landesgruppe Tirol – 2016

Die diesjährige Gedenkfahrt der Landesgruppe Tirol (unter Führung des Landesobmanns Herrn Clemens Hornich) führte nach Vorarlberg. Gemeinsam mit der Landesgruppe Vorarlberg (unter Führung der Landesobfrau Dr. Keckeis) besuchte man den Vorarlberger Landtag und mehrere Gedenkstätten in Vorarlberg.

Am 23. März 2016 trafen sich die Kameradinnen und Kameraden aus Tirol und Vorarlberg zur diesjährigen Gedenkfahrt der Tiroler Landesgruppe. Wir bedanken uns bei Herrn Clemens Hornich, der uns folgenden Beitrag und folgende Fotos freundlicherweise zugeschickt hat:

In Vertretung des Landtagspräsidenten, Mag. Harald Sonderegger, hat uns eine Mitarbeiterin des Landtagspräsidenten die Tätigkeiten des Landtags erklärt. Wir bekamen so einen interessanten Einblick in dessen Arbeit.

Nach dem Besuch des Vorarlberger Landtags begaben wir uns zu zwei Gedenkstätten: zum Widerstandsmahl in Bregenz und zur Gedenktafel an der Seekapelle.



Die Teilnehmer der diesjährigen Gedenkfahrt der Landesgruppe Tirol und der Landesgruppe Vorarlberg

Anschließend führen wir noch zu einer Gedenkstätte nach Lustenau, um gemeinsam den verstorbenen Kameraden zu gedenken.

Nach dem kameradschaftlichen Zusammentreffen der beiden Landesgruppen im Rahmen der Gedenkfahrt der Landesgruppe Tirol ging es wieder heim nach Tirol.

Clemens Hornich ■

Geplante neue Österreich-Ausstellung in Auschwitz

Viele unserer Kameradinnen und Kameraden haben sicherlich schon die Gedenkstätte KZ-Auschwitz besucht und auch die damalige Österreich-Ausstellung gesehen.

Obwohl gerade diese Ausstellung noch unter Mitwirkung von überlebenden Auschwitzhäftlingen federführend gestaltet worden war, haben neuere und insbesondere jüngere Historiker moniert, dass die Opferrolle Österreichs zu stark in den Vordergrund gestellt worden war, ohne auf die österreichischen Täter einzuge-

hen. Dazu kommt, dass die baulichen Bedingungen des Gebäudes, worin unsere Ausstellung eingerichtet war, problematisch geworden war.

Für die Neugestaltung der Österreich-Ausstellung hat die Republik Österreich einen schönen Eurobetrag zur Verfügung gestellt und es wurde unter der Federführung des National-

fonds ein Steeringkomitee sowie ein wissenschaftlicher und ein gesellschaftlicher Beirat gegründet. In diesem gesellschaftlichen Beirat sind neben Parteienvertretern, Vertretern der Kirchen, verschiedener Vereine auch die einzelnen Opferverbände eingeladen worden. Bereits ab der ersten Sitzung war mir persönlich klar, dass hier, aus welchen Gründen auch immer, die mir absolut unklarlich sind, es zu einer ungerechtfertigt starken Beschuldi-

gung Österreichs als Täterstaat kommen wird. Das habe ich auch in den Sitzungen des gesellschaftlichen Beirates immer wieder betont.

Als nunmehr am 3. März 2016 das sogenannte Drehbuch für die Ausstellung vorgelegt worden war, habe ich, aber auch den anderen Opferverbänden, klar und deutlich unseren Unmut über die vorgesehenen Texte geäußert. Es muss für einen uninformierten Betrachter auch anhand der vorgesehenen Formu-

lierungen der Eindruck entstehen, dass Österreicher primär Täter waren und nur „einzelne“ Widerstand geleistet haben. Weiters habe ich in meiner Stellungnahme moniert, dass statt des in Österreich gültigen Begriffes Okkupation im Jahr 1938 das Wort Anschluss aus der Nazidiktation herangezogen worden ist. Weiters habe ich mich gegen die Verwendung des Ausdrucks

„Austrofaschismus“ gewehrt, da dies eine nur von linker Seite verzerrende Darstellung der sicher nicht demokratischen Strukturen unseres Landes von 1933 – 1938 ist. Darüber hinaus wurden von der ARGE noch andere für Österreich negative Aussagen kritisiert. Leider bin ich bei der Sitzung mit meiner Kritik fast allein geblieben, nur zwei Vertreter anderer Organi-

sationen haben teilweise meine Vorstellungen unterstützt.

Zum Glück ist jetzt (27. April 2016) sowohl im gesellschaftlichen Beirat als auch im Steeringkomitee eine Diskussion entfacht und ich hoffe, dass sowohl die Leitung des Gesamtprojektes als auch die mit der Erstellung des „Drehbuches“ Beauftragten und meiner Ansicht nach sehr einseitig

agierenden Personen die Untragbarkeit der vorgesehenen Texte einsehen. Ich persönlich finde es unerhört, wenn Aussagen, die auch dem internationalen Publikum zugänglich gemacht werden sollen, schlussendlich in einer un gerechtfertigten Beschimpfung Österreichs und des österreichischen Volkes enden.

GK ■

Alljährlicher Gedenk-Gottesdienst in der Wiener Michaelerkirche

Die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“ feierte auch heuer (am 8. März 2016) einen Gedenk-Gottesdienst in der Wiener Michaelerkirche.

Nach der Begrüßung durch den Obmann der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“, KR Dr. Gerhard Kastelic, zelebrierte Pfarrer P. Dr. Peter Van Meijl SD diesen Gedenk-Gottesdienst für all jene Kameradinnen und Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben.

Nach dem Gedenk-Gottesdienst führte Pfarrer P. Dr. Peter Van Meijl die Kameradinnen und Kameraden wie auch die Vertreter der Wiener ÖVP in die Turmkapelle zum dortigen



Pfarrer P. Dr. Peter Van Meijl SDS mit Kameradinnen und Kameraden und Vertretern der ÖVP (Bezirksvorsteher MMag. Markus Figl) in der Turmkapelle der Wiener Michaelerkirche

gen „Dachauer Kreuz“, welches überlebende Österreicher in Dachau errichtet und später nach Wien gebracht hatten.

Anschließend begaben sich die Kameradinnen und Kameraden zum Wiener Albertinaplatz, wo die Gedenkveranstaltung der ÖVP des 1. Bezirks beim ehemaligen Philipphof stattfand. Die ÖVP Innere Stadt erinnerte an die Opfer durch die Zerstörung des Philipphofes kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die diesjährige Gedenkrede am Albertinaplatz wurde von Mag. Christian Mertens gehalten.

Kranzniederlegung vor dem „Dachauer Kreuz“ in der Turmkapelle der Wiener Michaelerkirche im Andenken an die im KZ Dachau ermordeten Österreicher



Mag. Christian Mertens hat uns freundlicherweise die Veröffentlichung seiner Gedenkrede im Rahmen der Gedenkveranstaltung der ÖVP des 1. Bezirks gestattet, die wir hier gerne wiedergeben:



Zum Gedenken der Bombenopfer beim ehemaligen Philipphof

Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt

Gedenkworte am Albertinaplatz von Mag. Christian Mertens vom 8. März 2016

*Sehr geehrter
Herr Bezirksvorsteher!
Sehr geehrter
Herr Alt-Bezirksvorsteher!
Hochgeschätzte Damen
und Herren!*

In wenigen Tagen jährt sich die Zerstörung des Philippofes und der Tod von wahrscheinlich über 300 Menschen in dessen vermeintlich sicherem Luftschutzkeller zum 71. Mal. Wohl nur mehr Wenige können sich heute noch an den mondänen, 1883/1884 nach Plänen von Carl König für den Bankier Zierer errichteten Bau, der später in den Besitz der kaiserlichen Familie überging, erinnern. Im Hauptgeschoss des Hauses befanden sich, separat zugänglich, die Clubräume des Wiener Rennvereins, in den Obergeschossen Mietwohnungen. Jahrzehntlang war der Philippof auch für die Lehrmittelhandlung „Pichlers Witwe & Sohn“ im Erdgeschoss bekannt.

Im Keller unter dem Wohnhaus wurde während des Zweiten Weltkriegs ein Luftschutzkeller eingerichtet, der auch den Bewohnerinnen und Bewohnern der umliegenden Häuser Zuflucht bieten sollte. Am 12. März 1945 kam es zum schwersten Luftangriff, den Wien je erleben sollte. Mehr als 1.000 Bomber

► der 15. US-Luftflotte erreichten um die Mittagszeit Wien und luden über 1.600 Tonnen an Bomben über der Stadt ab. Schwere Treffer galten dem Industriegebiet in Floridsdorf oder dem Bahnhof Heiligenstadt, die Hauptlast der Bomben traf aber das historische Stadtzentrum. Schwer beschädigt wurde die Oper, die nach fünf Einschlägen in Flammen aufging, im Stephansdom wurde der Sakristei trakt getroffen, auch das Burgtheater, das Kunsthistorische Museum und die Albertina trugen schwere Schäden davon. Die meisten Menschenleben kostete aber die völlige Zerstörung des Philipphofes, der in sich zusammenstürzte und hunderte Menschen unter sich begrub. Fritz M. Rebhann berichtete in seinem 1969 erschienenen Werk „Finale in Wien – Die Gaustadt im Aschenregen“ von der enormen Glut des Brandes und kopflosen oder unzureichenden Rettungsaktionen. Bald breiteten sich Erschöpfung und Gleichgültigkeit aus. Immer wieder flammten Glutnester hoch, die kargen Berichte der Feuerwehrzentrale sprechen von Nachlöscharbeiten bis Ende März. Die genaue Opferzahl ist bis heute unbekannt, da nur 180 Leichen geborgen werden konnten.

In den wenigen in jenen Tagen noch erscheinenden Wiener Zeitungen wurde die Tragödie im Philipphof – immerhin die höchste Zahl ziviler Todesopfer in einem Gebäude in Wien – mit keiner Silbe erwähnt. Die selbstverständlich unter nationalsozialistischer Leitung stehende Kleine Wiener Kriegszeitung (ein Zusammenschluss von Kronen-Zeitung, Volkszeitung, Dem kleinen Blatt und dem Kleinen Volksblatt) berichtete über den „Terrorangriff“ auf Kunststätten und versuchte, das Leid der Bevölkerung für Propagandazwecke zu missbrauchen („Gegen brutale Vernichtung eisiger Haß“; 13.3.). Das zweite noch

erscheinende Blatt, das Neue Wiener Tagblatt, erwähnt ergänzend die Zerstörung jenes berühmt-berüchtigten Balkons der Neuen Hofburg, von dem 1938 Hitler sprach (13.3.). Am Folgetag legte die Kleine Wiener Kriegszeitung mit Durchhalteparolen und Treuegelöbnissen zum „Führer“ nach. Noch immer war das Leid hunderter Toter keinem Medium eine Erwähnung wert. – Wie anders klangen doch die Texte, die wir eben in der Heiligen Messe gehört haben, wo von Versöhnung,



Gedenkveranstaltung der ÖVP des 1. Bezirks beim ehemaligen Philipphof.

Friede und Trost die Rede war!

Was will, was kann uns das alles 71 Jahre später sagen? In der Einladung zur heutigen Gedenkfeier schreibt BV Figl: „Uns geht es nicht nur um den Blick zurück, sondern auch um den Auftrag für kommende Zeiten. Denn nur, wer seine Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ Es ließe sich an dieser Stelle Vieles über Identität, über kollektive Erinnerung und kollektives Gedächtnis philosophieren. Ich möchte es bei Folgendem belassen: Geschichte wird keinesfalls nur von der kleinen Zunft der Historikerinnen und Historiker „gemacht“, sondern von vielen Akteuren, allen voran den Medien, der Politik oder Interessenvertretungen. Das ist per se nichts Schlechtes: Ein gut geschriebener Artikel in einer Tageszeitung oder eine

spannende Dokumentation im Fernsehen, vielleicht unter Einbeziehung von Zeitzeugen-Interviews, erreicht nun einmal wesentlich mehr Leute als eine noch so gelungene Fachpublikation mit überbordendem Fußnotenapparat.

Was hier aber eingemahnt werden muss, ist Verantwortung und Transparenz: Problematisch wird es dort, wo Geschichte in Geiselhaft spezifischer (auch politischer) Interessen gerät. Dies geschieht beispielsweise, wenn unter den

duktion von Aussagen über die Vergangenheit“ zu missbrauchen. Historiker als „Stichwortgeber für gegenwärtige politische Zwecke“ bzw. „Vergangenheitsideologen“ seien mit analytischer historischer Forschung inkompatibel – einem Urteil, dem ich mich vorbehaltlos anschließen kann.

Noch einen zweiten, sehr aktuellen Gedanken darf ich einbringen: Auch heute gibt es Menschen, die unter Krieg, Bomben und Vertreibung leiden, allen voran die Opfer des sogenannten „Islamischen Staates“, dem wie dem Nationalsozialismus oder dem Stalinismus eine menschenverachtende totalitäre Ideologie zugrunde liegt. Missverstehen Sie mich bitte nicht: Ich gehöre nicht zu jenen, die meinen, Österreich sollte den Bedrängten aus Syrien, dem Irak oder anderen Ländern unbegrenzt offen stehen. Es wäre aber schön, könnten Gedenkfeiern wie diese, die an Bomben und Tod in unserer Heimat erinnern, zumindest ein wenig Empathie – ich spreche nicht von einer mitunter naiv anmutenden „Welcome“-Partystimmung – also Mitgefühl für jene bewirken, die heute unter Krieg und Bomben leiden. Insbesondere möchte ich an jene Zivilisten erinnern, die gar keine Chance zur Flucht haben und oft täglichen Angriffen, von wem auch immer, ausgesetzt sind. Bombenopfer dürfen nie und nirgendwo zu statistischen Kennzahlen herabgewürdigt werden; es handelt sich um Personen aus Fleisch und Blut mit einem unveräußerlichen Recht auf Leben – vor 71 Jahren und heute.

Mögen die Opfer des Philipphofs und jener, die für die Wiedererrichtung der österreichischen Unabhängigkeit ihr Leben gegeben haben, die Erinnerung daran wachhalten, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind, sondern immer wieder aufs Neue gesichert werden müssen.

MH ■

Leonhard Steinwender

– der Kanonikus als „Staatsfeind“

Nicht alle katholischen Priester, die sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagierten, wurden von Hitlers Schergen tatsächlich zu Tode gebracht. Einer, der es schaffte, Gefängnis und Konzentrationslager zu überleben, obwohl er als „Staatsfeind der Klasse A“ eingestuft worden war, war der Salzburger Kanonikus Leonhard Steinwender. Er starb friedlich im Jahr 1961 – sechzehn Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Spuks.

Leonhard Steinwender erblickte das Licht der Welt am 19. September 1889 auf dem elterlichen Hof, dem „Franzenbauer“ in Lasaberg bei Tamsweg im salzburgischen Lungau. Schon sein gleichnamiger Vater war im politischen Katholizismus engagiert: 1906 war er Mitbegründer des Katholischen Bauernbundes im Lungau und Obmann des örtlichen Konsumvereines und des Katholisch-Politischen Volksvereines. Von 1908 bis zu seinem Tod im Jahr 1918 vertrat er den Lungau als Abgeordneter im Salzburger Landtag.

Der junge Leonhard Steinwender trat nach der Matura ins Erzbischöfliche Priesterseminar ein und wurde am 27. März 1912 von Kardinal Johannes Katschthaler zum Priester geweiht. Sein erster Posten führte ihn nach Brixlegg im Tiroler Anteil der Erzdiözese Salzburg. In dieser Zeit vollendete er seine Dissertation zum Thema: „Die soziale Lage der Urkirche nach dem Jakobusbriefe“, doch kam es – wohl aufgrund priesterlicher Überbelastung – nie zur formalen Promotion zum Doktor der Theologie.

Drei Jahre später wurde der junge Priester ins Nonntal in der Bischofsstadt Salzburg berufen und übernahm gleichzeitig die Redaktion der „Salzburger Chronik“. Zwei Jahre später wurde er Chefredakteur dieses kirchlichen Blattes und übte diese Funktion bis zum deutschen Einmarsch 1938 aus.

Die Salzburger Medienlandschaft war damals weit vielfältiger als heute und von heftigen weltanschaulichen Gegensätzen gekennzeichnet. Steinwenders Mitstreiter auf der katholischen Seite waren in jener Zeit Franz Donat, der bald nach Ausrufung der Republik zur „Salzburger Chronik“ kam, und Michael Schusterbauer, Sekretär des Bauernbundes und Chefredakteur des „Salzburger Volksboten“. In den ersten Jahren seiner journalistischen Tätigkeit hatte Steinwender vor allem den ideologischen Streit mit den Freisinnigen, den Liberalen, den in den Alpenländern der Habsburgermonarchie ziemlich starken Alldeutschen und der vom Kulturkampf geprägten Los-von-Rom-Bewegung, den damaligen Hauptgegnern der christlich-sozialen Bewegung, zu führen.

Darüber hinaus galt – mitten im Weltkrieg – Steinwenders Sorge den Soldaten und ihren meist bäuerlichen Familien. In einem Brief an den Dechant von Tamsweg schreibt Steinwender im März 1917, dass „gerade jene Gaue und jener Stand, die am meisten und am willigsten die Opfer des Krieges getragen“ haben, „keine Anerkennung“ finden und „über Gebühr gequält“ werden. Er beklagt die „schauerliche Stimmung unter den Soldaten, die Verbitterung gegen den Klerus“ und die durch den Krieg in ihrer Moral schwer erschütterten Soldaten, die er als „sittliche

Krüppel“ bezeichnet. Auch die Zensurbehörde bekommt ihr Fett ab. Steinwender bezeichnet sie als „Schutztruppe der unfähigsten Beamten.“

Doch schon mit der russischen Oktoberrevolution erkannte der Priester hellsichtig die vom neuen Sowjetsystem ausgehende Gefahr. In einem Brief mahnte Steinwender schon damals die Gesinnungsfreunde, auf Versammlungen mehr unter die Leute zu kommen, um gerüstet zu sein, wenn sich das „russische Flammenzeichen auch auf unsere Lande ausbreiten sollte.“

Mit dem Beginn der Republik tritt innerhalb Österreichs der Sozialismus als neuer Gegner der katholischen Publizistik auf den Plan. Bald musste sich Steinwender mit der von den Sozialisten geschürten Kirchenaustrittspropaganda herumschlagen. Mit Beginn der 30er Jahre tritt der publizistische Kampf gegen den Nationalsozialismus in den Vordergrund, der in Steinwenders Augen klar mit dem Katholizismus „überhaupt nicht vereinbar“ war.

In dieser Auseinandersetzung gewann Leonhard Steinwender einen eifrigen Mitstreiter in der Person des damaligen Salzburger Landeshauptmannes Franz Rehr.

Schon im Vorfeld der Salzburger Gemeinderatswahlen von 1931 konstatierte die „Salzburger Chronik“, dass die Rassenlehre ebenso unchristlich sei, wie die Versuche, eine von Rom unabhängige „deutsche Kirche“ zu schaffen. Die Apostel des Nationalsozialismus stellten die Sakramente als „Ausschaltung menschlicher Eigenständigkeit zugunsten eines schemenhaften Amtes“ hin und interpretierten das Sündengefühl als „eine notwendi-

ge Begleiterscheinung physischer Bastardisierung“. Der Großteil der Mitläufer von heute habe noch keine Ahnung, wohin der Weg führen werde.

Vor der Landtagswahl 1932 warnte Steinwender in der „Salzburger Chronik“ davor, nationalsozialistisch zu wählen. Gewissen Naziführern sei das Christuskreuz ein Gräuel und außerdem lehnten die Nationalsozialisten die konfessionelle Schule ab. Die von den Eltern geerbte Religion könne nicht durch den nationalsozialistischen Blutmythos, den „Rassenglauben mit seinen unchristlichen Grundsätzen“ und durch „die Vergötzung der Nation als trauriger politischer Religionsersatz“ abgelöst werden.

Mit Hitlers Machtergreifung im benachbarten Deutschen Reich nahm der Kampf gegen den Nationalsozialismus an Intensität zu. Regelmäßig berichtete Steinwenders Publikation über Maßnahmen der nationalsozialistischen Machthaber gegen die Katholische Kirche in Deutschland, über die Gleichschaltung der katholischen Presse, den Kampf um die Jugendziehung, Schauprozesse gegen Geistliche und den Widerstand von Kirchenmännern. Die österreichischen Nationalsozialisten erhielten vermehrt reichsdeutsche Hilfe. Die Repressalien Hitlers gegen Österreich, etwa in Gestalt der 1000-Mark-Sperre und später der nach dem Verbot der NSDAP in Österreich initiierte Juliputsch, der in der Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß gipfelte, zeigten für Steinwender deutlich, dass es nur ein Entweder-Oder gab: Ein unabhängiges Österreich oder den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland.

► In den Jahren zwischen Hitlers Machtergreifung in Deutschland und dem Einmarsch in Österreich berichtete die „Salzburger Chronik“ regelmäßig über die Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Katholische Kirche in Deutschland. Sie informierte vor allem über die Gleichschaltung der katholischen Presse, den Kampf um die Jugenderziehung, von Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die kirchlichen Schulen, über inszenierte Sittlichkeitsprozesse gegen Geistliche sowie vom Widerstand der Kirche, insbesondere der Bischöfe, gegen all diese Maßnahmen.

Besonders scharf ging Steinwenders Organ mit der notorischen Beugung des Rechtes durch die nationalsozialistische Justiz und der Erhebung der „gesunden Volksanschauung“ zur gesetzlichen Norm ins Gericht, die sie als Schritt zur Unkultur und zur schrankenlosen Parteijustiz brandmarkte.

Breiten Raum räumte die „Salzburger Chronik“ auch dem evangelischen Kirchenkampf in Deutschland ein. Sie berichtete ausführlich über den Aufstieg der nationalsozialistisch gesinnten „Deutschen Glaubensbewegung“ und deren Dominanz in der Evangelischen Kirche, über die Entstehung des Pfarrernotbundes und der Bekenntniskirche als Protest gegen die innerkirchliche Gleichschaltung. Sie unterstrich die Tatsache, dass die evangelischen Theologen und deren kirchliche Behörden den Sieg des Nationalsozialismus gefördert hatten und analysierte die Gründe, warum – im Gegensatz zur Katholischen Kirche Deutschlands – die weitgehende nationalsozialistische Gleichschaltung der evangelischen Kirche gelungen war. Und die „Salzburger Chronik“ unterließ nicht darauf hinzuweisen, dass in Österreich fast alle evangelischen Theologen eine mehr oder weniger

offene nationalsozialistische Aktivität entwickelt hatten.

Ausführlich berichtete Steinwenders Blatt über die massive finanzielle und logistische Unterstützung der österreichischen Nationalsozialisten und ihrer Aktivitäten durch die Mutterpartei im Deutschen Reich. Auf der ideologischen Ebene der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus analysierte Steinwender deren Totalitätsanspruch und betonte die Unvereinbarkeit einer solchen Ideologie mit dem Christentum. Der Nationalsozialismus als Weltanschauung wolle alle gesellschaftlichen Bereiche mit seiner Ideologie durchdringen und die Menschen in seine Form pressen. Dieser Anspruch reiche bis ins Religiöse, weil der Nationalsozialismus auch in religiöser Hinsicht in Hitler den Führer sehe und Leib und Seele der Deutschen für sich beanspruche. Der Nationalsozialismus war in Steinwenders Sicht vor allem eine pseudoreligiöse Bewegung, ein Ersatzchristentum oder genauer gesagt ein germanisches oder nordisches Neuheidentum.

In theologischer Hinsicht kritisierte die „Salzburger Chronik“ am Nationalsozialismus vor allem die Leugnung des persönlichen, überweltlichen Gottes und die Auflösung aller christlichen Dogmen, von der Trinität bis hin zur Leugnung der Gottessohnschaft. Die Gottheit sei im Nationalsozialismus lediglich ein Gedankenprodukt der menschlichen Intelligenz und Phantasie. Der Materialismus vom Blut und von der Rasse leugne Gott, der nur ein Objekt des Denkens sei und keine reale Größe.

In der Blut- und Rassenlehre und der damit verbundenen Vererbungslehre und dem Leugnen des Seelischen als geistige Größe sah Steinwender einen Hauptpunkt der Unvereinbarkeit mit dem Christentum. Die

als Konsequenz der Rassenirrllehre von den Nationalsozialisten erhobene Forderung nach dem Gnadentod „Lebensunwerter“ Menschen, brandmarkte er als Kulturschande. Immer wieder wandte sich Steinwenders Publikation gegen die Euthanasie und sah geradezu prophetisch als Konsequenz dieser Forderung die staatliche Tötung von Menschen voraus, die im Sinne nationalsozialistischer Auffassung lebensunwert seien. Den Antisemitismus bezeichnete die Chronik einmal als „Minderwertigkeitskomplex“, der im Katholischen keinen Raum habe. Der Rassenantisemitismus widerspreche der christlichen Lehre und trage deutlich die Merkmale seiner heidnischen Herkunft.

Neben seiner publizistischen Tätigkeit war Leonhard Steinwender ein begabter Redner und Prediger, der es verstand, Zuhörer in seinen Bann zu ziehen und zu begeistern. Bei unzähligen kirchlichen und politischen Anlässen fungierte er als Festredner. Sein Einsatz für die Auslandsdeutschen führte ihn von Eupen und Malmedy bis nach Danzig und ins seit dem Versailler Vertrag polnische Oberschlesien. 1932 sprach er beim deutschen Katholikentag in Essen.

Steinwender betätigte sich bei verschiedensten Anlässen als eifriger Versammlungsredner, wie etwa bei der Tagung der katholischen Schulen und Internate Österreichs im Mai 1936, bei der Kundgebung der katholischen Lehrerschaft in St. Peter im März 1937 oder bei der Landestagung der Katholischen Frauen Österreichs im November 1937 in Linz. Regelmäßig referierte Steinwender in Ortsgruppen der Vaterländischen Front. In kernigen Reden warnte er vor dem Nationalsozialismus, versuchte deren Propaganda zu entkräften, nahm zu verschiedenen politischen Themen Stellung und

erläuterte den Neuaufbau des Christlichen Ständestaates, für dessen Zeile er unermüdlich warb.

Bei aller Kritik am Nationalsozialismus fühlte sich Steinwender immer besonders dem Deutschtum verbunden. Ein besonderes Anliegen war ihm auch die Südtirolfrage und die Probleme und Anliegen der Auslandsdeutschen. Über die Probleme des Auslandsdeutschtums hielt er am 25. Mai 1934 sogar eine Ansprache im Österreichischen Rundfunk.

Im Oktober 1937 unternahm Steinwender eine Vortragsreise nach Polen. Er referierte in zahlreichen Industriegemeinden Oberschlesiens, in Königshütte, in Schwientocklowitz, in Schopinitz, Kattowitz und Bielitz vor Auslandsdeutschen und warnte vor den Gefahren, die dem Deutschtum von der nationalsozialistischen Häresie drohten. In Danzig sprach Steinwender auf dem 1937 abgehaltenen Danziger Katholikentag über die Bedeutung der Familie für das Volk und den Staat.

Von politischer Relevanz war auch Steinwenders Engagement als Förderer der Christlich-deutschen Turnbewegung, weil diese das christlich-soziale Gegengewicht zu den deutsch-völkischen, in aller Regel nationalsozialistisch gesinnten Turnvereinen bildete. Als Gaudietwart der Salzburger Turnerschaft initiierte Steinwender die Neugründung von Christlich-deutschen Turnvereinen und war oft Festredner bei deren Veranstaltungen. Auch im Alpenverein betätigte sich Steinwender.

1924 wurde Steinwender Mitglied der Austria Wien im CV und 1926 der Almgau Salzburg im MKV. Später folgten Mitgliedschaften bei Rheno-Juvavia Salzburg im CV und Ivaria Salzburg im MKV. 1927 wurde er Canonicus externus sine praebenda des Kollegiatstiftes Mattsee, 1930 verlieh

ihm Landeshauptmann Rehr den Titel Regierungsrat. 1937 wurde Steinwender zum Milizvikar ernannt und erhielt über Antrag des Landes das Ritterkreuz 1. Klasse des Österreichischen Verdienstordens.

Im September 1935 wurde Leonhard Steinwender Adressat einer Briefbombe, die allerdings dank der Wachsamkeit eines Postbeamten ihr Ziel verfehlte. Bei der Entschärfung der Briefbombe wurde ein Polizist schwer verletzt.

Angesichts all dieser Aktivitäten von Kanonikus Steinwender verwundert es nicht, dass er eines der ersten Ziele der Nationalsozialisten nach dem Einmarsch im März 1938 war. Schon am 11. März versammelte sich gegen Mitternacht eine Menge von Nationalsozialisten vor seiner Wohnung. Unter lautem Gejohle drangen einige Nationalsozialisten gewaltsam ein, schleiften Steinwender heraus und führten ihn ab. Er wurde festgenommen, freigelassen und wieder festgenommen.

Am 19. April 1938 wurde er zum dritten Mal festgenommen und nach sieben Monaten Gestapo-Haft in Salzburg am 10. November 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo er das Gedicht vom „Kreuz“ verfasste:

*Das Kreuz wollt ihr uns rauben?
All unser Heil und Licht!*

*Nein, nein, ihr könnt es glauben,
Das Kreuz bekommt ihr nicht!
Daran der Herr gelitten.*

Und was er litt, verzieht.

*Das Kreuz, so heiß umstritten.
Das Kreuz bekommt ihr nie!*

Am 16. November 1940 wurde Steinwender – man vermutet aufgrund einer Intervention eines hohen SS-Mannes, der Steinwender wegen seines Engagements für die Auslandsdeutschen kannte – aus dem Konzentrationslager entlassen. Wegen seiner „politischen Tätigkeit als Redakteur“ war Steinwender ein „Staatsfeind der Klasse A“ und bekam Gaurbot in Salzburg. Da er sein Heimatland nun nicht betreten durfte, verbrachte er die restlichen

Kriegsjahre in der Pfarre Petting in der Nähe des Waginger Sees in Oberbayern. Dort übte er als Vikar die Seelsorge aus, unterrichtete in der Volksschule und half bei verschiedenen Bauern in der Erntearbeit. Außerdem pflegte er Kontakte zum abgesetzten Salzburger Landeshauptmann Dr. Franz Rehr.

Gleich nach dem Untergang des III. Reiches begann Steinwender, seine Erinnerungen an das Konzentrationslager aufzuschreiben und veröffentlichte sie unter dem Titel: „Christus im Konzentrationslager. Wege der Gnade und des Opfers“. Gegenüber seiner Nichte äußerte der Kanonikus einmal, er wolle die Zeit des Konzentrationslagers nicht missen, denn es seien Jahre für die Ewigkeit und die Krone seines priesterlichen Daseins gewesen.

Im November 1945 beauftragte ihn Erzbischof Andreas Rohrer mit der Leitung des „Rupertiboten“, der neuen Kirchenzeitung der Erzdiözese Salzburg. Diese Position übte er

bis knapp vor seinem Tod im Jahr 1961 aus.

Mehrere Schlaganfälle raubten ihm in der letzten Phase seines irdischen Daseins das Sprechvermögen. Nach seinem Tod schrieb sein Nachfolger als Chefredakteur des „Rupertiboten“, Dr. Franz Calliari, in seinem Nachruf: „*Sein Leben gehörte der Kirche und dem österreichischen Volke! Seine Studien haben ihn nicht dem einfachen Volk entfremdet, sondern nur alle Kräfte ausgebildet zum Dienste am Leben.*“

In Salzburg ist eine Straße, der Leonhard-Steinwender-Weg, nach dem Priester Leonhard Steinwender (* 1889, † 1961) benannt. ■

Zum Autor: Ralf Siebenbürger ist freier Journalist und seit vielen Jahren in verschiedenen Funktionen in katholischen und politisch konservativen Kreisen engagiert. Der Autor war von 1990 bis 1998 Pressesprecher des ÖVP-Klub Wien.

Auszeichnung für Bundesobmann Dr. Kastelic

Am 10. Februar 2016 überreichte Bundesminister Dr. Josef Ostermayer an den Obmann unserer Organisation, Dr. Kastelic, das ihm vom Bundesprä-

sidenten verliehene **Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich**.

In seiner Ansprache hob Bundesminister Ostermayer die langjährige Arbeit des Geehrten an der Spitze der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich hervor sowie die seit einigen Jahren übernommene Rolle des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer Österreichs. ■



Weitere Ehrungen

Auch wir von der ÖVP Kameradschaft freuen uns, wenn gute Bekannte und in der Vertretung der Grundideen mit uns gemeinsam agierende Personen Auszeichnungen bekommen. Wir gratulieren ihnen recht herzlich.

Prof. Rudolf Gelbard wurde am 4. Dezember 2015 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen und die Widerstandskämpferin Käthe Sasso erhielt an ihrem 90. Geburtstag den Professorentitel verliehen.

Beide Geehrten haben mit uns gemeinsam viele Projekte erreicht. Frau Käthe Sasso hat sich besonders mit uns gemeinsam für die Errichtung der nationalen Gedenkstätte in der Gruppe 40 am Wiener Zentral-

friedhof sowie für die Errichtung der Stele vor dem Wiener Straflandesgericht zur Erinnerung an die hingerichteten Frauen und Männer des Widerstandes eingesetzt. Prof. Gelbard besuchte öfters Veranstaltungen unserer Kameradschaft und hat im Rahmen der Bildungsakademie des CV bei einer Veranstaltung, die von Dr. Norbert Kastelic organisiert worden war, ein hochinteressantes Referat gehalten.

Am 9. April überreichte der Landesverband des KZ-Verbandes an Gerhard Kastelic die Ehrenmitgliedschaft des Landesverbandes Wien. In der Laudatio wurde auch besonders auf die gute Zusammenarbeit innerhalb der ARGE und die Sprecherrolle des neuen Ehrenmitglieds eingegangen. GK ■

Landesverband Burgenland

Nach dem Tod der langjährigen treuen Obfrau Rosa Szalay war eine Neubesetzung in der Führung des Landesverbandes notwendig. Wir freuen uns, dass der Klubobmann der ÖVP im burgenländischen Landtag, Mag. Christian Sagartz, die Obmannschaft übernommen hat und damit auch in diesem Bundesland die weltanschauliche Gemeinschaft und das Erinnern an die Opfer und Leiden unter dem NS-Regime aufrecht erhalten wird.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Obmann:

Mag. Christian SAGARTZ, BA

Obmann-Stv.:

Walter PRONAI

Schriftführer:

Istvan DELI, BA

Kassier: Peter OPITZ

Rechnungsprüfer:

Evelyn MAD, MA

Rechnungsprüfer:

Ing. Rudolf STROMMER



Landesobmann
Mag. Christian Sagartz

*Postanschrift Landesverband
Burgenland:*

*ÖVP Kameradschaft der
politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich,
Landesverband Burgenland
Ing. Julius Raabstraße 7
7000 Eisenstadt*

GK ■

(Neu-) Gründung Landesverband Kärnten

In Folge der Nichtaktivität der seinerzeitigen Führung des Landesverbandes wurde dieser behördlich aufgelöst.

Am 26. Februar 2016 fand daher eine gründende Generalversammlung des Landesverbandes Kärnten statt. In Anwesenheit von Bundesobmann Dr. Kastelic und Bundesobmann-



Landesobmann Franz Xaver Quendler

Stellvertreter Denifl ist über die Notwendigkeit einer Repräsentanz unserer Gesinnungsgemeinschaft in Kärnten ausführlich diskutiert worden und die Vereinsgründung sowie die Statuten wurden einstimmig beschlossen.

Als Vorstand wurden gewählt:

Obmann:

Franz QUENDLER

Obmann Stv.:

Uni. Prof. Mag. Dr. Werner

DROBESCH

Obmann Stv.:

HR. Dir. Dr. Rudolf DÖRFLINGER

Kassier:

Gerald TRATTLER

Schriftführer:

Susanne KÖNIGS-ASTNER

Kassenprüfer:

Peter SCHAFFER

Kassenprüfer:

Franz GOMERNIK

Wir wünschen dem neuen Vorstand und allen aktiven Freundinnen und Freunden im Landesverband Kärnten viel Erfolg und freuen uns, dass auch im südlichsten Bundesland nun unsere Weltanschauung wieder vertreten ist und das Wissen sowie die Information über den österreichischen Widerstand während der NS-Diktatur vertreten sind.

GK ■

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obleute-Stv. Matthias Denifl, BR a.D. BezR Dr. Franz Eduard Kühnel und Mag. Wolfgang Schwarz, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer, Schriftf. Stv. Mag. Dr. Michael Höfler, Kassier: Mag. Franz Stabler, Kassier Stv. Doris Neumayer. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Urlaubssperre

Das Sekretariat der Bundesleitung und der Landesleitung Wien ist **vom 7. Juli 2016 bis einschließlich 30. August 2016** geschlossen. Dringende Anfragen bitte schriftlich oder telefonisch unter 01/4061144. Ein Journaldienst wird für die Weiterleitung und Bearbeitung sorgen. Ab September 2016 ist unser Sekretariat Wien 8, Laudongasse 16, 1. Stock wieder jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

www.oevp-kameradschaft.at • office@oevp-kameradschaft.at

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44

Fax: 01/401 43-350

Schriftleitung: Dr. Michael Höfler

Fotos: Archiv, Michael Höfler, privat, www.fotolia.at, Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, 1070 Wien, Kaiserstraße 94

Druck: Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien